Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982)*

Von Christian Hacke

Die folgenden Ausführungen, mit denen ich auf frühere Arbeiten über die Ost- und Deutschlandpolitik aus der Sicht der CDU/CSU von 1969 bis 1975 zurückkomme, sollen als Skizze und nicht als geschlossene Abhandlung verstanden werden.[1] Vorab sei in fünf Punkten konstatiert, was ich bei der Betrachtung dieser Periode methodisch als wichtig ansehe.

1. Mir scheint, daß das, was mein Kollege Wolfram Hanrieder als »compatibility and consensus«, also als Vereinbarkeits- und Zustimmungsproblem bezeichnet hat, von Bedeutung ist:[2] Zur Analyse der Außenpolitik gehört die Frage, inwieweit diese kompatibel ist mit dem, was außenpolitisch vor sich geht, und zum zweiten, daß Außenpolitik nur so erfolgreich sein kann, wie sie bei der eigenen Bevölkerung, also innenpolitisch, Zustimmung findet. Ich möchte noch eine dritte Leitlinie hinzufügen, die den deutschen Hintergrund verdeutlicht, unser spezifisches Parteiensystem reflektiert: Die koalitionspolitische Geschlossenheit der Bundesregierung ist für die Formulierung und Durchsetzung von Außenpolitik notwendig, ja geradezu zwingend.

2. Ausgehend vom außenpolitischen Realismus Hans Morgenthaus und seiner Fortentwicklung in der Münchner Schule von Karl-Gottfried Kindermann, dem ich mich auch verpflichtet fühle, halte ich es für unerläßlich, vorab eine realistische Konstellationsanalyse der innenpolitischen und internationalen Lage in Umrissen anzudeuten.[3]

3. Beachtung verdient besonders das Spannungsverhältnis zwischen Außenpolitik und parlamentarischer Opposition, das prinzipiell – und speziell in

---

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich am 26.Juni 1992 anläßlich einer Tagung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik über »Die Deutschlandpolitik der Unionsparteien vom Beginn der sechziger Jahre bis zur Wiedervereinigung« in der Konrad-Adenauer-Stiftung gehalten habe.

1 Christian HACKE, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969*, Köln 1975.

2 Wolfram HANRIEDER, »Compatibility and Consensus: A Proposal for the Conceptual Linkage of External and Internal Dimensions of Foreign Policy«, in: *American Political Science Review* Vol. LXI, No. 4 (Dezember 1967).

3 Hans MORGENTHAU, *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963; Gottfried-Karl KINDERMANN, *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*, München 1990.

der Bundesrepublik Deutschland – ein vernachlässigtes Thema der Politikwissenschaft ist. Seit 1975 ist das Thema »parlamentarische Opposition und Außenpolitik« von der Politikwissenschaft nur sehr zögerlich aufgegriffen worden.

4. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition ist für eine demokratisch verfaßte Außenpolitik zentral. Wann und wo muß demokratische Außenpolitik auf innenpolitische Hemmnisse und Verwerfungen Rücksicht nehmen? Es ist eine alte Frage, ob eine demokratische Außenpolitik mit all den prozessualen und inhaltlichen Schwierigkeiten nicht letztlich doch die effizientere Außenpolitik hervorbringt als die geschlossene Außenpolitik eines totalitären Staates.

5. Die Frage, die uns auch in den kommenden Jahren beschäftigen wird, lautet: Wie steht es mit der Entspannung seit Ende der 60er Jahre? Hat sie den Niedergang des sowjetischen Imperiums und der kommunistischen Ideologie beschleunigt? Oder ist durch diese Entspannungspolitik ein irreversibler Prozeß vielleicht nur verlangsamt worden? Ich meine, es darf keine Vereinfachungen geben, die ein simples 'entweder – oder' suggerieren. Das entspannungspolitische Wechselspiel zwischen West und Ost war komplex. Es kommt deshalb auf die Zwischentöne an. Wie die revolutionären Veränderungen von 1989/90 einmal beurteilt werden, das wird erst im Laufe der nächsten Generationen abgewogen und aus Distanz objektiv beurteilt werden können. Aber was wir heute leisten müssen, ist den Nebel der vergangenen drei Jahrzehnte zu durchdringen.

In der internationalen Konstellation zu Ende der 60er Jahre war die Veränderung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen herausragend. Unter Nixon und Kissinger wurde schon ein Neuansatz der Entspannung versucht, der realistische Züge aufwies, weil die Vereinigten Staaten unter der außenpolitischen Führung von Nixon zum ersten Mal der Sowjetunion ein realistisches Entspannungskonzept angeboten hatten. Unter Nixon und Kissinger stiegen die USA vom Podest der moralischen, militärischen, politischen Überlegenheit herunter und boten der Sowjetunion Entspannung auf der Grundlage von Parität und Gleichberechtigung an.[4] Dieses Angebot führte zu weiteren Entspannungsbemühungen – auch in Europa.

Welche Versionen von Entspannung standen damals zur Debatte? Die amerikanisch-sowjetische Detente war ein Konzept auf Supermachtebene: Parität, Rüstungskontrolle, Anerkennung des Status quo waren zentrale Eckpunkte zwischen den beiden Supermächten. Die europäische Entspannungslage und speziell die in Deutschland schloß diese Momente nicht aus, aber andere kamen hinzu: Die Anerkennung der Grenzen, die Anerkennung der

4 Christian HACKE, *Die Ära Nixon – Kissinger 1969 bis 1974. Konservative Reform der Weltpolitik*, Stuttgart 1983, S. 119 f.

Regime, Anerkennung der DDR und vor allem Freizügigkeit. Wie es damals Rainer Barzel formulierte: Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Es ergab sich Ende der 60er Jahre ein Zwang zur Entscheidung: entweder diesem Entspannungsprimat – wie er zwischen Sowjetunion und USA sich andeutete – zu folgen oder zu widerstehen. Die Bundesregierung Brandt/Scheel griff den Primat der Entspannung auf. Später geriet sie unter den Zwang der Anpassung. Die CDU/CSU als parlamentarische Opposition sträubte sich zunächst gegen diesen Entspannungsimpetus.

Die zweite Konstellationsveränderung an der Schwelle der 70er Jahre stellen wir im Verhältnis Sowjetunion – Bundesrepublik fest. Die neue Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion war auch eine Folge des Wandels der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Auch der Wandel von CDU-Kanzlerschaft und Großer Koalition zur sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt war für die veränderte Einstellung in der Sowjetunion entscheidend. Trotzdem halte ich es für wichtig, die Periode von Kurt Georg Kiesinger in der Deutschlandpolitik noch einmal in Erinnerung zu rufen. In meinen Analysen dieser Periode kommen Bewertungen von Bundeskanzler Kiesinger zum Tragen, die ich auch im nachhinein, also auf dem Hintergrund der Erfahrungen von 1989/90, als viel positiver für das Ost-West-Verhältnis bewerte, als damals angenommen wurde. Seine Entspannungsansätze waren bemerkenswert. Er bemühte sich um eine Einbindung des anderen Teils Deutschlands in das neue entspannungspolitische Klima. Kiesinger war auch kritisch gegenüber der amerikanischen Vietnampolitik. Er hat übrigens auch das Verdienst, stilistisch bescheiden, aber substantiell deutlich das Selbstbewußtsein Deutschlands gegenüber den Vereinigten Staaten gezeigt zu haben, zu Zeiten, wo diese Haltung nicht unbedingt populär war. Zwar hielt er am Alleinvertretungsanspruch fest, reduzierte jedoch diesen und interpretierte ihn primär moralisch. Man kann sagen, daß im Vergleich zu Bundeskanzler Erhard Kiesingers Deutschland- und Ostpolitik gedanklich und terminologisch anspruchsvoller war. Aber: Es fehlte noch der konzeptionelle Guß, vor allem das Moment und die Bereitschaft zur Kodifizierung der Beziehungen. Ich bin sehr im Zweifel, ob eine Regierung Kiesinger nach 1969 dieses Moment der Kodifizierung so mutig aufgegriffen hätte wie die Regierung Brandt/Scheel. So blieb Bundeskanzler Kiesinger in gewisser Weise in Begriffsakrobatik stecken. Er scheiterte eigentlich in einem Drei-Fronten-Krieg gegenüber der eigenen Partei, gegenüber dem sozialdemokratischen Partner und natürlich auch an der mangelnden Bereitschaft zur Entspannung im Kreml.[5]

5 Vgl. hierzu: Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969* (Geschichte der Bundesrepublik, Bd.IV), Stuttgart 1984.

Ein drittes Element in der internationalen Konstellation zu Beginn der 70er Jahre deutet auf folgende Frage: Wie sah es im nordatlantischen Bündnis aus? Wie verhielt sich Entspannung und deutsche Frage zueinander? Der Harmel-Report verband deklaratorisch beide Momente unmißverständlich. Den Alliierten erschien allerdings das Moment der Entspannung und der Abrüstung realpolitisch wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesrepublik sollte entspannungspolitisch zunächst eingebunden werden in diesen Prozeß, aber die Forderung nach Lösung der deutschen Frage blieb für die Regierungen in Westeuropa und Nordamerika rein deklaratorisch.

Wie sah 1969/70 die innenpolitische Konstellation aus? Die deutsche Frage war bis 1961 vorrangig eine Rechtsfrage und eine moralische Frage. Ab August 1961 wurde die alltägliche Dimension der Teilung vorrangig, und es genügte nicht mehr allein, die Zukunft moralisch und rechtlich bestechend darzustellen. Statt dessen wurde immer kritischer die Frage gestellt: Was kann im unmittelbaren Alltag der deutschen Teilung in kleinen Schritten verbessert werden, um die Teilung Deutschlands und der Deutschen durch ein Management der Detente menschlich und politisch erträglicher zu gestalten? Moralische Überzeugungen und völkerrechtliche Postulate reichten nicht mehr aus. Kleine Schritte wurden zwingend. Die Forderung nach Selbstbestimmung, freien Wahlen, nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937, nach Nichtanerkennung der DDR waren rechtlich und zum Teil moralisch nachvollziehbar, aber nach dem Bau der Mauer 1961 waren es vor allem die SPD, insbesondere die Berliner SPD um Willy Brandt, und auch die FDP, die nach neuen entspannungspolitischen Ansätzen suchten.

Mit gewisser Nüchternheit muß man feststellen, daß nach der langen Phase der Adenauerschen Kanzlerschaft innerhalb der CDU Politiker mit dem Mut zur innerparteilichen Kontroverse und zu neuen entspannungspolitischen Überlegungen rar waren. Mutige und souveräne Politiker wie Johann Baptist Gradl oder Walther Leisler Kiep, die die entspannungspolitische Kooperation mit der SPD suchten, blieben in den Reihen der Union Ausnahmen.[6]

In der historischen Distanz wird heute auch klar, wie unabhängig im Urteil und Temperament Kiesinger war. Er versuchte noch vor 1969 in der Ost- und Deutschlandpolitik den Neuansatz durch mutiges Anknüpfen an die entspannungspolitische Brückenkonzeption im Sinne von Jakob Kaiser. Wer die Parteigeschichte der CDU nach dem Krieg genauer kennt, weiß, daß das Verhältnis zwischen Kiesinger und der Berliner CDU um Jakob Kaiser nicht nur harmonisch war. Eine gewisse politische Paradoxie oder Pikanterie war schon dabei, wenn Kurt Georg Kiesinger die Formulierungen von Jakob

6 Vgl. hierzu Christian HACKE (Hrsg.), *J.B.Gradl. Stets auf der Suche. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, Köln 1979.

Kaiser, wie z. B. die von Deutschland als der Brücke zwischen Ost und West, wieder aufgriff.[7]

Nach 1969, als auch Kiesingers machtpolitischer Einfluß in der Partei rapide zurückging, war der großbürgerlich verbindliche Stil, war Feinsinnigkeit, Courage und Kooperation mit der SPD, wie seinerzeit durch Gradl und Kiep personifiziert, in der CDU nicht mehr gefragt. Unter dem Vorsitz von Rainer Barzel dominierten nüchternes machtpolitisches Kalkül, angestrengte Ambition und zögerliche entspannungspolitische Überlegungen. Zwei weitere Probleme prägten das außenpolitische Verhalten der Unionsparteien nach 1969: Zum einen war die neue Oppositionsrolle nach 20 Jahren Regierungsverantwortung ungewohnt. Gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik glaubten die Unionsparteien an einen »Alleinvertretungsanspruch«; überspitzt formuliert glaubten sie, allein zu wissen, wie Außenpolitik richtig praktiziert wird. Zum anderen übernahm die Bundesregierung Brandt/Scheel die politische Verantwortung mit einer unglaublichen Anfangsgeschwindigkeit, besonders in der Ostpolitik. Die Opposition war gerade dabei zu prüfen, ob die Holzbänke der Opposition hart oder weich sind, und schon hinkte sie den Initiativen der Bundesregierung hinterher. Die Regierung Brandt/Scheel grenzte die CDU/CSU außenpolitisch aus. Das war legitim, denn die CDU/CSU grenzte sich sozusagen durch ihre eigene Fundamental-Opposition zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung selbst aus.

Es geht also um drei Dimensionen oppositioneller Einstellung zur Ost- und Deutschlandpolitik: die moralische Dimension der Nichtanerkennung, die rechtliche des Alleinvertretungsanspruchs und die politische der Hallstein-Doktrin. Diese Mittel, Vorgehensweisen, rechtlichen und politischen Eckpunkte waren Sache oppositioneller Strategie in der Außenpolitik. Aber wie sah es mit der Zielsetzung aus? Beides ist wichtig: Nicht nur die Frage der Vorgehensweise, das richtige Gefühl für Stimmungslagen, die Einschätzung politischer Konstellationen waren zentral, sondern auch die Interpretation der substantiellen Problematik von Ost- und Deutschlandpolitik.

Politikwissenschaftler sprechen gern von außenpolitischen Optionen, so als ob eine Regierung ständig zwischen verschiedenen Möglichkeiten auswählen könnte. Aber in den seltensten Fällen können die Entscheidungsträger so agieren und zwischen außenpolitischen Alternativen wählen. Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus. Realpolitisch stecken Politiker oft zwischen verschiedenen Dilemmata. Nur selten geht es um richtig oder falsch, um gut oder böse in der Außenpolitik. Vielmehr geht es um die Bewertung und die Abwägung zwischen verschiedenen Interessenprioritäten, die sich nicht selten diametral widersprechen. Da aber deutsche

7 Christian HACKE (Hrsg.), *Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, Köln 1988.

Politologen, speziell im Fach Internationale Politik, in den vergangenen Jahrzehnten realpolitische Dilemmata gerne übergangen haben, sieht es um die wissenschaftliche Aufarbeitung deutscher Außenpolitik nicht nur gut aus. Das Nachvollziehen der Schwierigkeiten bei den Entscheidungsträgern wird gerade bei uns zu sehr vernachlässigt.

Das entscheidende Element der ostpolitischen Innovation ab 1969 lag im Moment der Kodifizierung. Man könnte in überspitzter Form die Entspannungsphilosophie der sozial-liberalen Regierungskoalition Brandt/Scheel in einem Satz zusammenfassen: In dem Maß, in dem die kommunistische Seite bereit war, die Grenzen qualitativ zu verändern, zu öffnen für Menschen, Informationen und Meinungen, in dem Maße zeigte sich die westliche Seite oder die bundesrepublikanische Seite bereit, die Qualität der Grenzen zwischen Ost und West anzuerkennen. Dabei waren auch Unklarheiten und Mißverständnisse vorprogrammiert; das Problem der Interpretation wurde zentral. Weil zentrale Begriffe und Probleme wie deutsche Frage, Anerkennung der Grenzen, Menschenrechte und das Wesen von Ost-West-Entspannung unterschiedlich bzw. gegensätzlich interpretiert wurden, kam es zu folgendem grundlegenden Dissens: Während der Osten die Verträge als Teilungsverträge, als endgültige unabdingbare völkerrechtliche Anerkennung des politischen und rechtlichen Status quo in Europa interpretierte, verstand der Westen, insbesondere die Bundesrepublik, diese Verträge als Modus-vivendi-Verträge, als wichtige, aber vorläufige Vereinbarungen mit Übergangscharakter:

»Mit dem Begriff 'Entspannung' – so Walther Leisler Kiep – hatte man in den 70er Jahren zwar eine gemeinsame Umschreibung für eine ganz bestimmte Politik zwischen Ost und West gefunden, aber die gemeinsame Umschreibung schloß grundsätzlich unterschiedliche Zielvorstellungen in Ost und West mit ein: 1. Beide Seiten, der Westen und der Osten, sprechen davon, daß der Status quo die Grundlage der Beziehungen bilden muß. Der Westen besteht aber auf der Möglichkeit der friedlichen und einvernehmlichen Grenzänderung; die andere Seite versteht unter 'Anerkennung' die Zementierung des gegenwärtigen Status. 2. Die eine Seite wünscht, daß die Grenzen zwar bestehen, aber durchlässiger gemacht werden müssen; die andere Seite wünscht deren Stabilisierung oder – wie man es nennt – deren totale Unverletzbarkeit. 3. Beide Seiten sprechen von Freizügigkeit. Die einen sprechen von individueller Freizügigkeit für den Menschen; die andere Seite meint mit Freizügigkeit im wesentlichen staatlich reglementierte Freizügigkeit für Regierungen, Funktionäre und für staatliche Institutionen. 4. Beide Seiten sprechen über Truppenreduzierung. Der Osten hat den Wunsch, die vorhandene konventionelle Überlegenheit in Europa auf Dauer zu stabilisieren; der Westen möchte durch eine Reduzierung zu einem ausgewogenen Gleichgewicht kommen. 5. Unter dem Gewaltverzicht versteht der

Westen ebenfalls etwas anderes als der Osten. Wir verstehen darunter den tatsächlichen Verzicht auf Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten; die andere Seite versteht darunter lediglich Abmachungen zwischen Staaten, die staatliche Maßnahmen in diesem Bereich in Zukunft ausschließen.«[8]

Die Ostverträge und die Verträge mit der DDR konnten die zentralen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands und der Liberalisierung Osteuropas nicht lösen, aber doch einkapseln. So wurden neue entspannungspolitische Möglichkeiten geschaffen. Das West-Ost-Verhältnis wurde auf eine klarere und verläßlichere Grundlage gestellt, welche die Gefahr der Konfrontation vertraglich bannte. Damit konnte auch der Boden für erste zarte Wurzeln der Liberalisierung innerhalb der kommunistischen Staaten bereitet werden. Wir sehen dann ab 1989/90, daß diese Idee westlicher Entspannungspolitik mit dazu beitrug, daß die Kräfte der Liberalisierung in Mittel- und Osteuropa zunächst die Oberhand gewannen.

Mit Blick auf das andere Schlüsselproblem der Kodifizierung, nämlich die Schwierigkeit der Interpretation, wird deutlich, daß das Postulat, nur eindeutige Verträge seien gute Verträge, leider nicht vollständig zu verwirklichen war. Wer diese Forderung konsequent vertrat, wie viele in der CDU/CSU seinerzeit, der hätte auch offen hinzufügen müssen, daß die kommunistischen Regime im Osten Europas nicht bereit waren, im westlichen Sinne eindeutige Verträge abzuschließen, wie umgekehrt die Bundesrepublik und der Westen natürlich nicht bereit waren, nur eindeutige ideologische Formulierungen der Kommunisten zu akzeptieren.

Problematisch an der Kodifizierung war auch, daß der umfassende, moralisch-rechtlich-politische Wiedervereinigungsanspruch schrumpfte. Was blieb, war die Formulierung, »die deutsche Frage muß offenbleiben, die deutsche Option muß aufrechterhalten werden.«

Ein weiteres Problem lag im Verhältnis zwischen Ostpolitik, Entspannung und Sicherheit begründet. Der Harmel-Report gab die Grundlage von Sicherheit und Entspannung wider. Aber dann entstand in den 70er Jahren eine Situation, in der sich die Kritik der CDU später bewahrheiten sollte: In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde eine Entspannungspolitik von Regierungsseite postuliert, die Assoziationen mit einer Hängematte ermöglichte – als ob man sich im Westen geruhsam zurücklehnen oder gar entspannen könnte, so als sei es gar zu einer gemeinsamen Auffassung mit dem Osten gekommen! In diesem Verhältnis zwischen Sicherheit und Entspannung hat die deutsche Sozialdemokratie in den 70er und dann auch in den 80er Jahren schwer gesündigt. Als die Sowjetunion wie zu keiner anderen Zeit vorrüstete, verschloß die SPD die Augen. Deshalb war es eine

8 Walther Leisler KIEP, »Bilanz und Ausblick der Entspannungspolitik«, in: Otmar FRANZ (Hrsg.), *Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1975, S. 48 f.

zentrale Leistung der CDU/CSU, in dieser Phase vor entspannungspolitischem Leichtsinn rechtzeitig und intensiv gewarnt zu haben. Wir erlebten dann seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine gefährliche Entwicklung: Die sogenannte Friedensbewegung und linke Kräfte in der SPD verkleinerten die Rüstungsbemühungen der Sowjetunion gleichermaßen wie sie die Abrüstungsbemühungen der Bundesregierung und des Westens negierten, ja sogar diffamierten.

Ein Hauptproblem der Kodifizierung stellte sich im Verhältnis Deutschland- und Ostpolitik. So richtig die Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Kiesinger war, sie mußte scheitern, weil sie nicht durch eine entsprechende Ostpolitik gegenüber den Staaten in Mittel- und Osteuropa und vor allem gegenüber der Sowjetunion begleitet war. Dabei war auch entscheidend, daß die Sowjetunion für wirklichen Gewaltverzicht in den Beziehungen zur Bundesrepublik noch nicht bereit war. Erst nach 1969 entwickelte sie entspannungspolitischen Druck auf die DDR, mit der Bundesrepublik vertragliche Beziehungen aufzunehmen, nachdem sie in dem ostpolitischen Pilotvertrag vom August 1970 mit der Bundesrepublik Rahmen, Inhalt, Vorgehensweise und Geschwindigkeit der Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik vorexerziert hatte.

All dies zeigt, daß eine isolierte Deutschlandpolitik ohne ostpolitische Flankierung, d. h. vor allem ohne Entspannungspolitik mit der Sowjetunion zum Scheitern verurteilt war. Die sozial-liberale Koalition zog zu Beginn der 70er Jahre die richtige Schlußfolgerung, zuerst die Ostpolitik und vor allem die Beziehungen zur Sowjetunion neu zu ordnen, um dann die gewachsenen Interessen der Sowjetunion so mit denen der Bundesrepublik und der DDR zu verknüpfen, daß Druck von der Sowjetunion auf die DDR ausgehen konnte und letztere sich nicht mehr aus der Entspannungspolitik zwischen West und Ost herauswinden konnte. Der Moskauer Vertrag hatte also eine bilaterale Bedeutung. Aber er besaß vor allem darüber hinaus die zentrale Funktion, den sowjetischen Druck auf die DDR zu erhöhen. Der Moskauer Vertrag wurde zum Vorbild, ein Pilotvertrag für die weiteren Verträge, wie sie dann ausgehandelt wurden.

Nun zur Frage nach dem wirtschaftlichen Hebel. Fast alle Bundesregierungen haben seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine »positive Politisierung« des Handels versucht, d. h. der Handel wurde als Chance, als Hebel für politische Verbesserungen im West-Ost-Verhältnis eingesetzt; eine »negative Politisierung« des Handels im Sinne von Embargo-Politik wurde aufgegeben. Handelsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlichen Demokratien und planwirtschaftlichen sozialistischen Regimen sind selten unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. Diese Beziehungen hatten prinzipiell eine politische Bedeutung und waren daher der deutschlandpolitischen Zielsetzung immer untergeordnet. Dies gilt ganz besonders

für den innerdeutschen Handel. Eine positive Politisierung dieser Handelsbeziehungen wirkte durch Anreize, eine negative Politisierung durch Sanktionen oder Embargo oder durch Entzug von Handelsvorteilen. War das Ziel bis Anfang der 60er Jahre Destabilisierung der DDR, so waren auch die Handelsbeziehungen diesem Ziel untergeordnet. Wurden dann die politischen Prioritäten in Richtung Liberalisierung neu geordnet, so war es nur logisch, daß nun auch die handelspolitischen Beziehungen eine positive Politisierung erfuhren.

Unter rechtspolitischen Überlegungen sei daran erinnert, daß die Ostverträge mit der vertraglichen Anerkennung von außen in gewisser Weise auch Ersatz boten für die mangelnde innenpolitische Legitimation der kommunistischen Regime. Die Anerkennung von Grenzen und Regimen war irreversibel. Aber die kommunistische Seite konnte jederzeit die Qualität der Grenzen, ihre Durchlässigkeit oder die Mauer wieder vergrößern oder einengen. Der Osten, insbesondere die DDR wand sich zunehmend aus den vertraglichen Verpflichtungen heraus, indem sie die Durchlässigkeit der Grenzen für Menschen, Informationen und Meinungen zunehmend aufhob und den Zwangscharakter ihrer kommunistischen Herrschaftsordnung wie auch die Beziehungen zu den Staaten im Westen nicht grundlegend verbesserte. Der Warschauer Vertrag veranschaulicht diese vergeblichen und gescheiterten Hoffnungen des Westens bzw. der Bundesrepublik. Bereitschaft zur Aussöhnung und Entspannung blieben moralische Symbolik, die dürre realpolitische Wirkung des Warschauer Vertrages nach 1970 darf nicht vergessen werden.

Wie sah die oppositionelle Strategie in Sachen Ost- und Deutschlandpolitik auf diesem Hintergrund aus? Welche Möglichkeiten oppositioneller Strategie gab es, um Einfluß auf die Regierung zu nehmen? Zunächst glaubte die CDU/CSU, sie könnte die Regierungsverantwortung bald zurückgewinnen. Die Mehrheitsverhältnisse waren knapp. Deshalb entwickelte sie zunächst eine Strategie, als ob sie es außenpolitisch besser machen könnte und als ob sie bald in die Regierungsverantwortung zurückkehren könnte. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972 wurde offenkundig, daß das erfolglos blieb.

In diesem Zusammenhang und in diesem Zeitraum wurde erkennbar, daß die Opposition nach 1969 keine geschlossene Gruppierung war. Ich habe seinerzeit fünf unterschiedliche Gruppen in der CDU/CSU unterschieden, heute würde ich eher drei zentrale Gruppen unterscheiden wollen: Eine, die grundsätzlich gegen die Ostpolitik und gegen die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in Substanz und Vorgehensweise eingestellt war; eine zweite Gruppierung, die für begrenzte Kooperation und vielleicht sogar für Unterstützung der Regierungspolitik eingestellt war, und drittens eine Gruppe von Unentschlossenen, die im Urteil schwankten. Realistischerwei-

se muß bei dieser Dreiteilung noch weiter differenziert werden, weil die Oppositionspolitiker nicht nur die Ost- und Deutschlandpolitik als Ganzes beurteilten bzw. verurteilten, sondern zu den jeweiligen einzelnen ostpolitischen Schritten und Verträgen der Bundesregierung sehr dezidierte und unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Positionen einnahmen.

Trotzdem: Die große Mehrheit der CDU und CSU war gegenüber den Verträgen skeptisch, kritisch und negativ eingestellt. Viele sahen darin Verrat deutscher Interessen und Verrat am Ziel der Wiedervereinigung. Nur eine kleine Minderheit war entschlossen, sich von ihrem Grundsatz der Abgewogenheit, der sachlichen Aufgeschlossenheit und der Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundesregierung in Schlüsselfragen der Entspannungspolitik nicht abbringen zu lassen. Der ehemalige Außenminister Schröder schien bisweilen bereit, schwierige und gewisse Schritte der sozial-liberalen Regierung mittragen zu wollen. Der Bundestagsabgeordnete und spätere Bundespräsident von Weizsäcker spitzte bisweilen entspannungspolitisch den Mund, aber wirklich gepfiffen hat er nie (auch wenn er die Dinge heute anders sieht). Nur eine verschwindend kleine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten – wie Walter Leisler Kiep, Norbert Blüm, Kurt Biedenkopf und J. B. Gradl – waren zur ostpolitischen Kooperation mit der Bundesregierung bereit. Dominant aber waren die Kritiker der Entspannungspolitik. Dabei wurde mancher Unentschlossene und mancher Taktierer schwer geprüft.

Die Strategie der parlamentarischen Opposition wurde zum dritten beeinflußt durch die Suche nach Verbündeten im innenpolitischen Bereich, z. B. bei den Vertriebenenverbänden. In einer weiteren Strategie konzentrierte man sich auf die Suche nach außenpolitischen Partnern, bei Schlüsselstaaten wie den Vereinigten Staaten und bei christlich-demokratischen oder konservativ-republikanischen Parteien. Es war ab 1969 deutlich zu erkennen, daß die CDU/CSU in den Vereinigten Staaten besonders über republikanische Kritiker und Skeptiker ihre Bedenken gegenüber der Brandt'schen Ostpolitik international zu verbreitern und begründen suchte. Manche Überlegung der CDU/CSU wurde dort in einem weit größeren Maße geteilt, als man damals annahm. Aber offiziell schwieg sich die Regierung Nixon aus.

In den Memoiren von Henry Kissinger wurde ein Jahrzehnt später deutlich, wie er die Opposition einschätzte. Die von der CDU geführten Regierungen zeigten zwar bis 1969 nur ein dünnes Entspannungsprofil, weltanschaulich bestand aber keinerlei Zweifel, daß bei christdemokratischer Führung auch in Zukunft die Bundesrepublik eng an der Seite der USA stehen würde und damit der amerikanische Führungsanspruch im Bündnis kaum in Frage gestellt würde. Kissinger gibt in seinen Memoiren eine knappe Schilderung des politischen Machtverfalls der Christdemokraten in der Bundesrepublik. Seine politische Sympathie für die Unionsparteien schlägt um in Kritik angesichts der immer deutlicher werdenden Ideenlosig-

keit der außenpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU: »Die immer noch regierenden christlichen Demokraten hielten jedoch starr an den politischen Maximen der 50er Jahre fest. Ihr an Besessenheit grenzender Eifer, die einmal eingeschlagene Richtung beizubehalten, erregte die Ungeduld einer amerikanischen Regierung, die neue Perspektiven eröffnen wollte und die, von der Richtigkeit ihrer Perspektiven überzeugt, besser mit linken oder wenigstens reformistischen Gruppen umgehen konnte als mit den konservativen christlichen Demokraten, die das Nachkriegseuropa aufgebaut hatten.«[9]

Aber Henry Kissinger kann weder als Anwalt für noch als Kronzeuge gegen die Ostpolitik der Bundesrepublik angeführt werden. Das endgültige Urteil überläßt er der Geschichte: »Das deutsche Problem ist nicht einfach eine Frage der jeweiligen Politik, sondern bedeutet ein Navigieren zwischen der Loyalität zu den westlichen Alliierten und dem historischen Imperativ des Wunsches nach Wiedervereinigung, d. h., ein Navigieren zwischen der Realität der Lage in Zentraleuropa und den Gefahren, die eine unabhängige Politik mit sich bringt... Die Ostpolitik bedeutet die Erkenntnis von Realitäten ... Die formale Politik der Wiedervereinigung und der Nichtanerkennung hätte nicht ewig so weitergehen können, und doch sind keine speziellen Schritte eingeleitet worden, die Ostpolitik in die Tat umzusetzen. Die Ostpolitik war eine sehr mutige Entscheidung – sie war nicht in der ersten Phase problematisch, sondern sie wird es in der nächsten, die jetzt beginnt.«[10]

Blieb Kissinger in seiner Einschätzung der neuen Ostpolitik ambivalent, so war die Haltung von Präsident Nixon seinerzeit ebenfalls zurückhaltend. Erst viele Jahre später äußerte sich Präsident Nixon in seinen Memoiren eindeutig: Er erwähnt Bundeskanzler Willy Brandt nicht ein einziges Mal. Das kann wohl kaum als Zustimmung zur Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition gewertet werden. Aber: Zur damaligen Zeit äußerte sich die Regierung Nixon/Kissinger offiziell zur Ostpolitik nicht negativ. Sie widerstand der Versuchung, die Avancen der CDU/CSU aufzugreifen und sich in die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik einzumischen.

Die Strategie der parlamentarischen Opposition bezog sich auch auf die Vermutung, um nicht zu sagen Unterstellung, die SPD führe die Bundesrepublik in eine neutrale Position, kopple das Land von Westeuropa und der atlantischen Allianz ab und fordere gleichzeitig eine gefährliche und illusionäre Auflösung der Blöcke, die in die Neutralität der Bundesrepublik, nicht aber in Wiedervereinigung einmünde. Kurz: Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel gefährde die Einheit und die Freiheit

9 Henry KISSINGER, *Memoiren 1968-1973*, München 1979, S. 109.

10 Zitiert nach Christian HACKE, »Henry Kissingers Erinnerungen an die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Politik und Kultur* 1981, Nr. 5, S. 34 ff.

der deutschen Nation. Diese Strategie des Verdachts und der Unterstellung erwies sich größtenteils als haltlos.

Die Strategie der CDU/CSU konzentrierte sich besonders auf die staats- bzw. völkerrechtliche Überprüfung der Ostverträge. Hieraus resultierte der Antrag der CSU beim Bundesverfassungsgericht, den Grundlagenvertrag hinsichtlich seiner Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Dabei wurden wichtige staats- und völkerrechtliche Präzisierungen und Interpretationen deutlich, aber diese Vorgehensweise dokumentierte auch in der Anfangsphase Ohnmacht und Aufbäumen gegen neue Entwicklungen, die nicht aufzuhalten waren. Ab Mitte der 70er Jahre wurde diese Einstellung modifiziert, die normative Kraft des Faktischen, die Ratifizierung und die realpolitische Wirkung, also die Formel pacta sunt servanda, – eine Strategie der außenpolitischen Anpassung –, wurden zwingend. Die Verträge schafften neue außenpolitische Realitäten, die die Opposition, ob sie wollte oder nicht, anerkennen mußte.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre intensivierte Helmut Kohl die entspannungspolitische Anpassung der CDU an die neuen Realitäten. Als Bundeskanzler nutzte er die neue Situation, um mit den Verträgen aktiv zu arbeiten, aber auch, um diese ostpolitisch neu zu interpretieren. Löste der Oppositionsführer Kohl sich von der alten Strategie des Sich-Aufbäumens, so suchte der Bundeskanzler Kohl mit dem Regierungspartner FDP aus macht- und koalitionspolitischen Gründen, aber auch aus sachpolitischer Einsicht eine neue Mischung von Kontinuität und Wandel in der Entspannungspolitik. Wieder einmal hatte die FDP eine wichtige koalitionspolitische und entspannungspolitische Scharnierfunktion übernommen. Sie zwang die CDU/CSU dazu, das entspannungspolitische Erbe der sozial-liberalen Koalition zu respektieren, ja aufzugreifen und damit ein unabdingbares Maß an Kontinuität deutscher Ostpolitik tagespolitisch zu verwirklichen. Unter Helmut Kohl als Bundeskanzler gelangen aber auch neue, überzeugende Initiativen der CDU/CSU in der Deutschlandpolitik, nachdem in der Phase von 1974 bis 1980 die Ansätze zur Normalisierung einer hohlen Formalisierung der Deutschlandpolitik durch die sozialliberale Regierungskoalition weichen mußten. Der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Güstrow hatte eine kafkaeske Kulisse gescheiterter Deutschlandpolitik geoffenbart. Auch die europäische Konstellation hatte sich gegen Ende der 70er Jahre dramatisch und negativ verändert, die ideologische und machtpolitische Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion nahm zu.

Zur Wirkung der Ostverträge läßt sich bis dahin feststellen:

1. Der Moskauer Vertrag hatte eine große Pilotwirkung für alle folgenden Ostverträge, auch für die Deutschlandpolitik und die Einbindung der DDR in den europäischen Entspannungsprozeß.

2. Der Warschauer Vertrag war dagegen ungenügend. Er konnte auch bi-

lateral die Verhältnisse kaum verbessern. Die große Leistung der CDU/CSU als parlamentarische Opposition lag Mitte der 70er Jahre darin, von der Bundesregierung Nachbesserungen zu fordern, um dann eine Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen zu begünstigen. Helmut Schmidt hatte zu optimistische Vorstellungen von kommunistischen Führern, auch von Edward Gierek.[11]

3. Der Grundlagenvertrag war vermutlich der schlechteste Teil der Ostvertragspolitik. Er wurde von Richard Löwenthal auch dementsprechend heftig kritisiert.[12] Erstaunlicherweise aber haben die Unionsparteien in ähnlicher Weise entscheidende Kritikpunkte nie aufgegriffen: Eigentlich trat eine Verwässerung, ja eine Umkehrung der eigenen regierungspolitischen Maßstäbe ein. Die ursprünglichen Maßstäbe für die Ost- und Deutschlandpolitik waren die 20 Punkte von Kassel von 1970. Punkt 1 bis 19 waren Forderungen, die alle eine umfassende politische und rechtliche Regelung des Innenverhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR anstrebten. Darauf aufbauend und im Anschluß sollten dann beide Staaten ihr Außenverhältnis, also ihre internationale Position neu justieren, besonders durch den Beitritt beider in die Vereinten Nationen. Die Wirklichkeit sah jedoch völlig anders aus: Schon 1972 traten beide Staaten wie geplant der UNO bei, ohne aber die Sachfragen, wie in Punkt 1 bis 19 als Auftrag formuliert, zufriedenstellend zu regeln. Was vorher schon hätte im Innenverhältnis erledigt werden müssen, wurde nun hintenan gestellt. Das ganze Problem der Folgeverträge setzte ein. Sie kamen nur schleppend in Gang, blieben unvollständig, und vor allem versuchte die DDR, sich durch eine Abgrenzungspolitik ständig aus vertragsrechtlichen Verpflichtungen wieder herauszuwinden. Das SED-Regime betrieb Abgrenzungspolitik im doppelten Sinne: Einmal gegenüber der Bundesrepublik und zum anderen grenzte es sich von der eigenen Bevölkerung ab.

Die kurzfristige Wirkung der Ostverträge war also unterschiedlich, aber nicht immer sonderlich eindrucksvoll. Die mittelfristige Wirkung war nicht frei von Enttäuschungen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre konnten die hohen Erwartungen nicht eingelöst werden. Freizügigkeit blieb einseitig auf das Verhältnis West-Ost begrenzt. Doch die langfristige Wirkung der Ost- und Deutschlandpolitik war von immens positiver Bedeutung. Die moralisch aussöhnende Wirkung, personifiziert besonders in Bundeskanzler Brandt und Außenminister Genscher, war und ist nicht zu überschätzen. Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto gehört zu den wenigen symbolischen Akten deutscher

11 Helmut SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, Berlin 1990, S. 109.

12 Richard LÖWENTHAL, »Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik«, in: Richard LÖWENTHAL und Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 480 ff.

Außenpolitik, die den deutschen Versöhnungswillen dokumentieren. Die bilaterale Wirkung des Warschauer Vertrages blieb allerdings – bei nüchterner Betrachtung – sehr begrenzt. Die Ostverträge und die deutschlandpolitischen Verträge wurden deshalb langfristig wichtiger als die kurzfristigen Forderungen nach Freizügigkeit. Das moralische Moment der Aussöhnung, der Mut zur Kodifizierung, zur Bereitschaft, Verträge abzuschließen, hatten ganz entscheidend das entspannungspolitische Terrain und die Bereitschaft in Mittel- und Osteuropa vergrößert, die Vereinigung Deutschlands 1990 zu tolerieren, ja sogar zum Teil nachdrücklich zu begrüßen. Ohne die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Regierungskoalitionen wäre die deutsche Wiedervereinigung 1990 schwer vorstellbar. Dank staatsmännischer Einsichten von Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl wurde die Bundesrepublik zur europäischen Entspannungsvormacht.[13] Kohl modifizierte das wertvolle ostpolitische Erbe der sozial-liberalen Regierungskoalition, setzte neue Prioritäten, während Genscher gleichzeitig als erster die kühnen Perspektiven ins Auge faßte, die sich seit Gorbatschows Machtantritt zu offenbaren begannen. So gesehen wurden die Ereignisse in Deutschland und Europa ab 1989 in einer neuen Mischung von Kontinuität und Wandel Wirklichkeit.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß die Entspannungspolitik der Bundesrepublik auch über Europa hinaus zum Vorbild für andere geteilte Staaten wurde. Wer Korea oder Taiwan kennt, weiß, daß diese Leistung Deutschlands das Renommee unseres Landes als Zivilmacht und Entspannungsvorbild auf globaler Ebene sichtbar gemacht hat. Selten hat ein Land wie das unsere versucht, einen so zentralen Konflikt wie die Teilung der Nation politisch für die Deutschen konstruktiv zu nutzen und gleichzeitig die Interessen der Nachbarn mit einzubeziehen. Dies ist eine große Leistung, an der auch die CDU/CSU als Oppositionspartei entscheidend Anteil hatte.

Ab Mitte der 70er Jahre und an der Schwelle der 80er Jahre wurde jedoch auch erkennbar, daß viele Befürchtungen der CDU/CSU sich leider bewahrheiteten. Die sowjetische Invasion in Afghanistan, nicht nur das Verhalten der DDR, gefährdete die Ost-West-Entspannung. Durch Vorrüstung, durch Ideologisierung, durch Nichteinhaltung der Verträge, durch Zerren am Berlin-Abkommen, durch Rücknahme von vertraglichen Zugeständnissen, durch Abgrenzung begannen die DDR und die Sowjetunion die Grundlagen der Entspannung zu zerstören.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für eine Beurteilung der Deutschlandpolitik von CDU und CSU?

1. Die realpolitische Skepsis der Union wurde zum konstruktiven Widerlager der regierungsamtlichen Ostpolitik. Der entspannungspolitische Opti-

13 Christian HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 468.

mismus in der sozial-liberalen Regierungskoalition und vor allem in der SPD wurde durch den Realismus der Opposition glücklicherweise gedämpft.

2. Die Kritik der CDU/CSU am Bahr-Papier bewirkte wichtige Verbesserungen am Text. Die Kritik der CDU/CSU führte dazu, daß die FDP nicht zum entspannungspolitischen Nachtwächter wurde, sondern aufmerksam den entspannungspolitischen Optimismus in der SPD beobachtete und bremste.

3. Die Initiative der CDU/CSU zur gemeinsamen Bundestagsresolution bewirkte Aufwertung und Verdeutlichung des Modus vivendi-Charakters der Ostverträge. Immer wieder mahnte die CDU/CSU die Verpflichtung zur Einheit der Nation und zur Wiedervereinigung Deutschlands an.

4. Die Anmahnung der Menschenrechte durch die Union brachte, wie beim Warschauer Vertrag, nicht selten verbesserte Lösungen bzw. Nachbesserungen.

5. Die Forderung der CDU/CSU nach mehr Freizügigkeit und Menschlichkeit verwies immer wieder auf den Kern des deutschen Problems und bewahrte viele in Deutschland vor übertriebenem deutschlandpolitischem Optimismus, vor Verwechslung von Formalisierung und Normalisierung der deutschen Lage.

6. Die kritischen Anmerkungen der CDU/CSU zur Sicherheitspolitik, zur sowjetischen Vorrüstung bewahrten den Westen vor militärischer und politischer Erpreßbarkeit.

7. Die Kritik der Opposition stärkte auch die Verhandlungsposition der Bundesregierung in Moskau und anderswo aufgrund der knappen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse.

8. Die Vertragspolitik der Bundesregierung zeigte aber auch, daß die Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition zur Einflußnahme auf die Außenpolitik grundsätzlich gering sind. Kontrolle und Kritik oder die Funktion der Alternative kann bzw. konnte nur angedeutet werden. Der Zwang zur Anpassung an die neuen außenpolitischen Notwendigkeiten wurde realpolitisch zwingend.

Zusammenfassend könnte man zur Ost- und Deutschlandpolitik der 70er Jahre sagen, daß die List der Geschichte sich günstig ausgewirkt hat. Demokratische Außenpolitik hat sich hier als stärker erwiesen als die ideologische Politik der Kommunisten, weil die Grundwerte von Regierungsmehrheit und parlamentarischer Opposition und die Zielsetzung in der Quintessenz letztlich geteilt wurden. Die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition lagen weniger im Grundsätzlichen, vielmehr in der Vorgehensweise, in der Wahl der Mittel, in der Frage, wie weit kann man gehen, was ist mutig, was ist waghalsig? Diese Fragen wurden unterschiedlich eingeschätzt und es gibt natürlich das Problem der Opposition in der Opposition, aber auch das Problem der Opposition in der Regierungspolitik. Auf der einen Seite

standen die Realisten, auf der anderen die Utopisten. Brandt, Lafontaine und Bahr repräsentierten oder personifizierten in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine andere Version von Entspannung nach Osten als Helmut Schmidt oder Georg Leber. Beide Flügel blockierten sich am Ende der 70er Jahre gegenseitig. In einem schwierigen machtpolitischen Prozeß der Neuordnung gelang es dann ab Anfang der 80er Jahre mit der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher, eine zukunftsträchtige Mischung von Entspannungspolitik zu finden.

Konflikte zwischen Regierung und Opposition waren und sind nicht pathologisch zu sehen. Sie dürfen nicht nur kritisch gesehen werden, sondern auch als Stimulans, als Anregung für überparteiliche Außenpolitik. CDU und CSU haben sich letztlich auch ergänzt, befruchtet zum Wohl des Landes, zur Einheit der Nation, auch wenn das damals nicht immer so zu sehen war. In der Regierungsverantwortung standen zwei Parteien, die glaubten, mit Vehemenz und hoher Anlaufgeschwindigkeit den Primat der Kodifizierung durchsetzen und die Ostbeziehungen neu gestalten zu können. Und in der Opposition stand eine Partei oder eine Parteiengruppierung, die sehr viel stärker mit Vorsicht, mit Rücksicht auf rechtliche, völkerrechtliche und staatsrechtliche Argumente und immer wieder hinweisend auf die Grundprinzipien der Menschenrechte sozusagen als konstruktives Widerlager wirkte. Es ist nicht das 'entweder – oder', es ist nicht eine weiche entspannungspolitische Haltung oder eine harte sicherheitspolitische Position, sondern es sind das Wechselspiel und die Ergänzung beider, die zu optimaler Politik nach Osten beitrugen. Alle demokratischen Parteien unseres Landes haben schließlich ostpolitisch gesehen zu Vorteilen und Erfolg beigetragen.

Der Niedergang des Kommunismus liegt zwar zuallererst im kommunistischen System selbst begründet, ohne die Entspannungspolitik der Bundesrepublik im Wechselspiel zwischen Bundesregierung und Opposition wäre jedoch 1989/90 schwer vorstellbar.